

Kernpapier der Taskforce Gebäudetechnik – Grundlegende politische Forderungen an die Bundesregierung

Die Taskforce Gebäudetechnik ist eine Kooperation aus sechs Verbänden, die Ihre Expertise im Bereich des gebäudetechnischen Klimahandwerks nutzen möchte, um die Energie- und Wärmewende mitzugestalten und der Politik beratend zur Seite zu stehen. Hierzu gehören der Bundesinnungsverband des Deutschen Kälteanlagenbauerhandwerks, der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke, der Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks, der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks, der Bundesverband Metall und der Zentralverband Sanitär Heizung Klima.

Insgesamt vertreten die Verbände 154.000 Handwerksbetriebe, 1.460.000 Beschäftigte, 121.000 Azubis und generierten im letzten Jahr einen Umsatz von 225 Mrd. Euro. Die Gewerke, die durch die Verbände vertreten werden, leisten einen erheblichen Beitrag zur Energiewende. Sie sind für die Montage und Wartung von PV-Anlagen zuständig, installieren Wärmepumpen sowie Kälte- und Klimaanlageanlagen, überprüfen die Emissionen und Energieeffizienz von Kälte- und Wärmeerzeugungsanlagen, sorgen für eine effiziente Sanierung der Gebäudehülle, liefern Spezialkomponenten und Baugruppen zu und ermöglichen die Optimierung des Energieverbrauchs durch Energiemanagementsysteme. Und am wichtigsten: Sie sind die ersten Ansprechpartner bei praktischen Fragen und genießen somit großes Vertrauen seitens der Verbraucher. Ohne den Einsatz und die fachliche Einbindung unserer Branche in Gesetzgebungsprozesse ist die Einhaltung der Ziele, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, nicht möglich.

Die richtigen Rahmenbedingungen schaffen

Der richtige Weg, um Betrieben bei der Umsetzung der Energiewende beizustehen, ist ein Dreiklang aus marktorientierten Instrumenten, ordnungsrechtlichen Anpassungen und staatlichen Fördermitteln. Die Politik muss diese Rahmenbedingungen zeitnah schaffen, um Betriebe und Verbraucher bei Umstrukturierungsmaßnahmen angemessen zu unterstützen.

Die Taskforce Gebäudetechnik ist eine Kooperation von:

1. Marktansatz

Wie beschrieben, braucht es u.a. einen marktorientierten Impuls, um die Herausforderungen, die insbesondere im Gebäudebereich auf Betriebe und Verbraucher zukommen, zu bewältigen. Der CO₂-Preis muss im Mittelpunkt der deutschen und europäischen Klimapolitik stehen. Über die Energiepreise wird er auch in den Sektoren Gebäude und Verkehr die notwendigen Anreize setzen, um Investitionen in klimafreundliche Technologien anzuregen. Die Höhe des CO₂-Preises muss sich ab 2027 in einem marktwirtschaftlichen System - dem ETS II - bestimmen lassen und darf nicht durch kurzfristigen politischen Opportunismus aufgeweicht werden. Ordnungsrechtliche Vorgaben können insbesondere für die Übergangszeit eine sinnvolle Ergänzung darstellen, um ein übermäßiges Ansteigen des CO₂-Preises zu verhindern und somit die Belastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu mindern. Um Betriebe zu unterstützen und die Energiewende nachhaltig voranzutreiben, bedarf es überdies einer vollumfänglichen Entlastung bei den Energiepreisen. Das schließt die Senkung der Stromsteuer für alle sowie die Stabilisierung der Netzentgelte ein. Die Sicherstellung einer fairen Strompreispolitik erleichtert den Umstieg auf erneuerbare strombasierte Wärmelösungen im Gebäudesektor.

2. Vereinfachung der Gesetzgebung

Ordnungsrechtliche Maßnahmen spielen eine tragende Rolle bei der Umsetzung der Energiewende. Um die Betriebe und die Beschäftigten im Handwerk in ordnungspolitische Prozesse einbinden zu können, dürfen Gesetzgebungsprozesse nicht unnötig verkompliziert werden. Häufig kommt es zu „Gold-Plating“, weil EU-Vorgaben bei der Umsetzung auf nationaler Ebene zu komplex ausgestaltet werden. So werden beispielsweise europäische Vorgaben zum Einsatz von Kältemitteln im Rahmen des Gebäudeenergiegesetzes deutlich verschärft, obwohl die F-Gase-Verordnung bereits sehr ambitioniert ist. Auch Überregulierungen wie beispielsweise im Fall der gebäudeintegrierten PV-Anlagen (BIPV) an Fassaden stellen Gebäudeeigentümer und Betriebe vor große Herausforderungen.

Generell sollten gesetzliche Anpassungen, so auch bei der Umsetzung der EPBD in nationales Recht, fristgerecht und ohne unnötigen bürokratischen Aufwand erfolgen. Um Verunsicherungen im Markt zu vermeiden, braucht es klare und vor allem praktikable Lösungsansätze. So schafft man einerseits Planungssicherheit für die Betriebe, befähigt Gebäudeeigentümer kluge Investitionsentscheidungen zu treffen und stärkt zudem das Vertrauen seitens der Verbraucher in die Energiewende.

3. Ausgestaltung der Förderlandschaft

Um die Ziele, die wir uns im Gebäudesektor gesetzt haben, umsetzen zu können, bedarf es einer stabilen und langfristigen Förderstruktur. Es darf nicht passieren, dass Förderungen nach kurzer Zeit gestoppt werden und Verbraucher aufgrund dessen ihre Investitionen vertagen. Dies hinterlässt großen Schaden im Markt und wirft uns bei der Erreichung der Klimaziele weiter nach hinten.

Wir fordern daher, dass die Bundesförderung effiziente Gebäude vereinfacht, verstetigt und attraktiv gehalten wird. Dazu gehört auch die Rückführung komplexer Antragsmodalitäten und Nachweispflichten. Um Förderprogramme verlässlich finanzieren zu können, sollte

weiterhin der Klima- und Transformationsfonds, welcher u.a. über die Einnahmen des CO₂-Preises finanziert wird, genutzt werden. Die Nutzung der Ressourcen des KTF für die Förderung fossiler Energieträger lehnen wir ab und geben zu bedenken, dass dies der ursprünglichen Zielstellung des Klima- und Transformationsfonds widerspricht.

4. Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Netze und der Speicher

Um die Energiewende nachhaltig voranzutreiben, braucht es ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einem synchronen und technologieoffenen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Netzinfrastruktur, der Speicher sowie der Digitalisierung der Netze.

Es müssen kluge Infrastrukturentscheidungen getroffen werden, die auf lange Sicht die Versorgung mit CO₂-neutralen Energieträgern gewährleisten. Aktuell bedarf es der Erweiterung des Netzes, um die Überlastung durch die Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie zu mindern. Mittelfristig muss auch der Zubau von Speichern für Entlastung sorgen.

An dieser Stelle kann die dezentrale Energie- und Wärmewende eine wichtige Rolle spielen. Die Eigenversorgung seitens der Verbraucher verringert den Netzausbaubedarf, stärkt die Autarkie und Energie-Resilienz und sorgt zusätzlich für niedrigere Strompreise. Hier gilt es zudem technische Lösungen wie den hydraulischen Abgleich, den Austausch alter Pumpen oder Energiemanagementsysteme zu nutzen, um Effizienzsteigerungen zu erwirken. Zentral ist jedoch, dass die Investitionsbedingungen für Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen weiterhin attraktiv bleiben und nicht durch Überlegungen, wie die Streichung der Einspeiseförderung für kleine PV-Anlagen negativ beeinflusst werden.

5. Digitalisierung der Energiewende

Die konsequente Digitalisierung von Prozessen ist ein wichtiger Schritt, um Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauprojekte zu beschleunigen. Dazu gehört die zügige Fortsetzung geplanter Reformen zur Digitalisierung des Netzanschlussverfahrens.

Zentral ist zudem die Beschleunigung des Rollouts von Smart-Metern und dynamischen Stromtarifen, um die Bedingungen für einen netzdienlichen Einbau von Wärmepumpen und PV-Anlagen zu schaffen. So kann der Energieverbrauch in den Gebäuden besser nachvollzogen und gesteuert werden.

6. Kommunale Wärmeplanung

Für die erfolgreiche Umsetzung der Wärmeplanung wird ein freier, technologieoffener Wärmemarkt mit marktwirtschaftlichen Strukturen benötigt. Dezentrale Wärmelösungen müssen sich dort durchsetzen, wo es wirtschaftlich und technisch sinnvoll ist. Das bedeutet auch, dass die Bedingungen für einen fairen Wettbewerb im Wärmemarkt sichergestellt und Anschluss- bzw. Benutzungszwänge verhindert werden müssen.

Aufgrund dessen sprechen wir uns für die frühzeitige Ausweisung von „Nichtanschlussgebieten“ seitens der Kommunen im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung aus.

So bekommen Verbraucher die Chance rechtzeitig in klimafreundliche Wärmelösungen zu investieren.

Neben der Stärkung dezentraler Wärmelösungen muss auch die zentrale Wärmeversorgung beispielsweise bei Quartierslösungen mitgedacht werden. Großwärmepumpen

unterschiedlicher Bauart stellen eine wichtige Schlüsseltechnologie dar unter anderem zur Fernwärmeversorgung sowie zur Versorgung großer Gebäudekomplexe. Dies bleibt zu flankieren durch die Auskopplung industrieller Abwärme.

7. Rolle des Fachhandwerks

Das Handwerk leistet zum einen mit Umsetzungsmaßnahmen, aber auch als beratender Partner einen wichtigen Beitrag zur Energiewende im Gebäudebereich. Beratungsleistungen, die das Handwerk vollbringt, sollten angemessen anerkannt und bei sowohl ordnungsrechtlichen Vorgaben sowie bei Förderprogrammen Berücksichtigung finden.

8. Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung ist ein elementarer Grundpfeiler der Fachkräftequalifizierung im gebäudetechnischen Klimahandwerk. Die duale Ausbildung bildet die Grundlage für die qualitativ hochwertigen Arbeiten, die im Rahmen der Umrüstung und Sanierung des Gebäudebereichs notwendig sind. Daher ist es unabdingbar, dass die berufliche Ausbildung und auch die weiterführende Qualifizierung zum Meister gestärkt werden, um die Herausforderungen der Energiewende bewältigen zu können.

Um die Fachkräftesicherung voranzutreiben, gilt es die Vielschichtigkeit des Handwerks und die Berufsperspektiven frühzeitig im schulischen Kontext zu vermitteln. Des Weiteren muss die tragende Rolle, die das gebäudetechnische Klimahandwerk bei der Umsetzung politischer Vorgaben im Gebäudesektor spielt, hervorgehoben werden.

Die Gewinnung von Fachkräften schließt zudem ein, dass weitere Zielgruppen wie Quereinsteiger und Geringqualifizierte, adressiert und mittels flexibler Einmündungsmöglichkeiten und passender Bildungsangebote – etwa durch die Stärkung der Teilqualifikation – für das Handwerk begeistert werden.

9. Klimafolgenanpassung

Der Klimawandel schreitet voran und das Handwerk ist nicht nur Umsetzer der Energiewende, sondern übernimmt auch die Klimafolgenanpassung im Gebäudesektor. Die Zunahme von Hitzewellen verdeutlicht, dass nicht nur eine angemessene Wärmedämmung und Beheizung, sondern auch die Kühlung und Klimatisierung der Gebäude mitgedacht werden müssen. Dies ist insbesondere mit Blick auf Risikogruppen, die unter extremen Wetterbedingungen leiden, nicht zu vernachlässigen. Maßnahmen, wie Klimatisierung, Verschattung, Dämmung sowie Dach- und Gebäudebegrünung müssen ebenfalls durch ordnungsrechtliche Anpassungen, Fördermaßnahmen und marktorientierte Instrumente flankiert werden.